

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Februar 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Stephen F. Cohen: Haben 20 Jahre NATO-Osterweiterung irgendjemand mehr Sicherheit verschafft?**
- **Rudi Hänsel: Kein deutscher Kniefall in Wolgograd**
- **Reinhard Merkel: Warum die Krim nicht annektiert wurde und der Westen "mit gespaltener Zunge" redet**
- **Peter Vonnahme: Das Völkerrecht gilt auch bei verdeckten Kriegen**
- **Tyler Durden: Waffen gingen von der CIA an ISIS in weniger als zwei Monaten**
- **Verschiedene Einschätzungen zu Syrien und dem türkischen Angriff auf Afrin**
- **Matthias Burchardt: Die Krise der Demokratie**
- **Christian Fischer: Wie kann Demokratie in Deutschland direkter werden?**
- **Mehr Demokratie e.V.: Tür zum bundesweiten Volksentschied einen Spaltbreit offen**
- **Patrick Spät: Das Boot ist nicht voll, sondern ungleich beladen**

Zitat des Monats von [Albert Einstein](#):

Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, die die kriegführenden Nationen im Weltkrieg verbraucht, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern.

Editorial

In dieser Ausgabe werden drei Themenschwerpunkte behandelt: Russland, Syrien, Demokratie.

*Es wird die NATO-Osterweiterung beleuchtet, die niemandem mehr Sicherheit verschafft, sondern einen neuen Kalten Krieg angeheizt hat. Das Feindbild **Russland** wird immer deutlicher aufgebaut, zum Beispiel auch mit falschen Behauptungen zur sogenannten Krim-Annexion. Gleichzeitig wird der Jahrestag der Schlacht um Stalingrad vor 75 Jahren in Deutschland weitgehend ignoriert, während auf russischer Seite überall Gedenkveranstaltungen stattfanden für alle gefallenen Menschen, auch für die deutschen Angreifer.*

*Zum Thema **Syrien** wird über die Waffenströme aus dem Westen in diese Kriegsregion berichtet; und es wird eine ausführliche Zusammenfassung über die Einschätzungen verschiedener Beobachter und Kommentatoren zur aktuellen Lage, vor allem auch seit dem Angriff der Türkei auf syrisches Gebiet, gegeben.*

*Das Thema **Demokratie** wird von verschiedenen Seiten beleuchtet: ein eher hilfloser Versuch, mit einem Demokratieförderungsgesetz mehr Demokratie zu schaffen, wird kritisch kommentiert; auf das erstmalige Aufgreifen des Themas direkter Demokratie in einem Koalitionsvertrag auf Bundesebene wird hingewiesen; und ein Artikel wird vorgestellt, der konkrete Vorschläge zur direkteren Demokratie in Deutschland macht.*

Schließlich geht es noch um die Berichterstattung über Afrika: nicht nur die Politik gegenüber afrikanischen Ländern gereicht diesen zum Schaden – die flankierende Propaganda schiebt die Schuld für die Unterentwicklung mit falschen Argumenten den Ländern selbst zu.

[Inhalt](#) ↑

• Stephen F. Cohen: **Haben 20 Jahre NATO-Osterweiterung irgendjemand mehr Sicherheit verschafft?**

Stephen F. Cohen, Redakteur des Magazins 'The Nation', stellt fest, dass die [NATO-Osterweiterung keinesfalls mehr Sicherheit, sondern nur mehr Unsicherheit gebracht](#) hat. Zudem seien mit der NATO-Osterweiterung gegenüber der Sowjetunion getätigte Zusagen in der "[NATO-Russland-Grundakte](#)" (insbesondere bzgl. der Kap. III und IV; Link s.u.) gebrochen worden.

So wurde im Krieg gegen Serbien das Kosovo besetzt und abgetrennt. Der im Jahr 2003 mit Lügen inszenierte Krieg gegen den Irak hat sich zur Katastrophe für alle Beteiligten entwickelt und die Verbreitung des organisierten Terrorismus gefördert. Gleiches gilt auch für den Krieg gegen Libyen im Jahr 2011. Die Georgien versprochene NATO-Mitgliedschaft führte 2008 zu einem Stellvertreterkrieg gegen Russland. Die USA und die NATO haben 2014 auch den "Aufstand" in der Ukraine angezettelt, der Russland zur Annexion der Krim veranlasste und den noch andauernden Bürgerkrieg im Donbass auslöste, der in Wirklichkeit auch ein Stellvertreterkrieg der USA gegen Russland ist. Der von den USA unterstützte Westen der Ukraine steckt in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise, und Kiew tut alles, um eine direkte militärische Konfrontation zwischen den USA und Russland zu provozieren. Die NATO hat sich auch in den Krieg in Afghanistan hineinziehen lassen, der inzwischen zum längsten sieglosen Krieg in der Geschichte der USA geworden ist.

Die NATO-Osterweiterung hat auch politisch-ideologisch begründete Unruhe gestiftet. Die andauernd in allen westlichen Medien und besonders in den US-Medien verbreitete NATO-Propaganda hat die ohnehin bestehende Russophobie verstärkt und den Weg zu einem neuen Kalten Krieg geebnet.

Die NATO-Osterweiterung hat keine der bestehenden internationalen Krisen gelöst, sondern eher verschärft und neue hervorgerufen. Um die internationale Stabilität und Sicherheit wiederherzustellen, fordert Cohen die NATO auf, ihre Truppen wieder hinter die Grenzen der alten BRD zurückzuziehen, wie es 1990 den Russen versprochen wurde.

Der Herausgeber von 'Luftpost' findet, die deutsche Bundesregierung und der Bundestag könnten viel mehr für die Entspannung tun, wenn sie den "Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland" ([Truppenstatut und Zusatzvereinbarungen](#), [Vertragserläuterungen](#)) kündigen und den Austritt der BRD aus der NATO erklären würden. Hierzu wird in dem weiterführenden Artikel "[It's time, to say goodbye!](#)" (deutschsprachig) dargestellt, dass die BRD aus dem Nordatlantikvertrag spätestens seit dem 24.03.1975 mit einjähriger Kündigungsfrist, aus dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Truppen in der BRD seit dem 12.09.1990 mit zweijähriger Kündigungsfrist und aus dem NATO-Truppenstatut seit dem 03.08.1963 jederzeit austreten kann.

[Stephen F. Cohen](#), Jg. 1938, US-amerikanischer ehemaliger Professor an der Princeton University und der New York University; Mitglied des 'Council on Foreign Relations'; Redakteur des US-Magazins 'The Nation'; beschäftigt sich hauptsächlich mit Russland und der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution sowie den Beziehungen der USA zu diesen Staaten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Rudi Hänsel: **Kein deutscher Kniefall in Wolgograd**

Am 02.02.2018 gedachte ganz Russland des Sieges der Roten Armee über die Hitler-Wehrmacht in Stalingrad vor 75 Jahren. Allein in Wolgograd (dem ehemaligen Stalingrad) fanden an diesem Tag 200 Gedenkveranstaltungen statt, eine Militärparade und ein Gedenkkonzert für alle gefallenen Soldaten und Zivilisten, russische wie deutsche. Doch die deutsche Regierung sandte zu diesem Stalingrad-Jahrestag keine Delegation nach Wolgograd.

Dabei wäre für Rudi Hänsel ein Kniefall des deutschen Bundespräsidenten oder der deutschen Bundeskanzlerin vor dem Mahnmal in Wolgograd eine [Demuts-Geste gegenüber dem russischen Volk](#) gewesen, die Schuldbewusstsein bekundet, um Vergebung bittet und den Weg zur Versöhnung ebnet. Zugleich wäre er ein Zeichen des Gedenkens an die unermesslichen Opfer der Schlacht um Stalingrad.

Hänsel fragt sich, ob die Schullehrpläne der jeweiligen Bundesländer vorsehen, dass an den deutschen Schulen an Stalingrad erinnert wird, oder ob man überhaupt noch eine geschichtsbewusste Jugend will. "Kann sich die junge Generation dieses geschichtliche Bewusstsein nicht erwerben, ist sie viel leichter zu manipulieren und eventuell bereit, sich in neue verheerende Kriege hineinlügen zu lassen."

Der ehemalige Regierungspräsident Karl-Wilhelm Lange drückt in seinem [freundschaftlichen Gedenkbrief](#) an die Direktorin des Wolga-Don-Kanal-Museums in Wolgograd die Hoffnung und den Willen aus, "dass die Kräfte des Friedens und der Versöhnung den Sieg erringen werden über diese aus den Tiefen der Hölle wieder hervorgestiegenen Gespenstern der Vergangenheit".

[Rudolf Hänsel](#), Jg. 1944, Diplom-Psychologe, Erziehungswissenschaftler, Lehrer, Schulberater; Autor und Herausgeber von Büchern zu Gewalt in Fernsehen, Video- und Computerspielen, zu Gewaltprävention in der Schule sowie zu Werteerziehung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Reinhard Merkel: **Warum die Krim nicht annektiert wurde und der Westen "mit gespaltener Zunge" redet**

Die [Rückkehr der Halbinsel Krim zu Russland war keine völkerrechtswidrige Annexion](#), wie es der Westen Moskau wiederholt vorwirft. Diese Position hat der Rechtswissenschaftler Reinhard Merkel Ende 2017 nach erneuter Überprüfung wiederholt, nachdem er damit bereits im Frühjahr 2014 für Aufsehen sorgte. Auch wenn Russland gegen das Völkerrecht verstoßen hat, als es mit Gewaltandrohung die ukrainischen Einheiten auf deren Territorium blockierte und damit Blutvergießen auf der Krim verhinderte, seien die westlichen Vorwürfe einer "völkerrechtswidrigen Annexion" nicht gerechtfertigt. Selbst wenn die rechtliche Gültigkeit des Verfahrens für das Referendum auf der Halbinsel angezweifelt werden kann, gebe es aber "überhaupt keinen Zweifel, dass die deutliche Mehrheit der Krim-Bevölkerung für einen Wechsel zu Russland war". Merkel empfiehlt dem Westen moderatere Töne anzuschlagen, "um ein friedliches und gedeihliches Auskommen mit Russland wiederzufinden".

[Reinhard Merkel](#), Jg. 1950, emeritierter Hochschulprofessor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg, Mitglied im Deutschen Ethikrat, Autor u.a. von "Willensfreiheit und rechtliche Schuld", "Strafrecht und Satire" sowie "Nutzen und Schaden aus klinischer Forschung am Menschen". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Peter Vonnahme: **Das Völkerrecht gilt auch bei verdeckten Kriegen**

Peter Vonnahme stellt im Interview [klar, dass das Völkerrecht immer gilt, auch bei verdeckten Kriegen](#). Finanzkriege können zwar völkerrechtlich relevante Folgen haben, fallen selbst aber nicht unter das Völkerrecht. Allerdings hat das Nicht-Befolgen des Völkerrechts leider keine Konsequenzen, da es keine Macht gibt, die evtl. Gerichtsurteile des Internationalen Gerichtshofes vollstrecken kann. Bei schwersten Rechtsverstößen, nämlich Gewaltanwendungen, kann der UN-Sicherheitsrat Maßnahmen beschließen, die den Friedenszustand wiederherstellen. Unabhängig davon können Staaten Rechtsbrecher durch geeignete Sanktionen dazu anhalten, zum Recht zurückzukehren. Hinsichtlich der Krim schließt sich Vonnahme der Einschätzung von Reinhard Merkel an.

[Peter Vonnahme](#), Jg. 1942, war Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof; seit seinem Ruhestand vor allem als Autor und konstruktiver Kritiker des bestehenden Systems tätig, wobei er die Beachtung des internationalen Rechts anmahnt und vor einer zunehmenden Militarisierung der westlichen Politik warnt; Schwerpunkte Nahostkonflikt, Ukraine und Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Tyler Durden: **Waffen gingen von der CIA an ISIS in weniger als zwei Monaten**

Für den Autor kommen die Mainstream-Medien wie 'USA Today', Reuters und BuzzFeed mit dieser Meldung Jahre zu spät, um aktuell zu sein. Laut einer älteren, umfangreichen empirischen Studie der unabhängigen britischen Organisation für Waffenforschung namens 'Conflict Armament Research' (CAR) haben 2014 und 2015 Waffen den Weg über den Balkan (Bulgarien) in den Nahen Osten genommen. Raketen haben den Weg von der US-Armee [über den CIA zu Rebellengruppen und von da zum IS](#) gefunden. Für den Weg wurden oft keine zwei Monate gebraucht. Jenseits dieser Studie von 2014 haben seit Jahren unabhängige internationale Medien die Realität unterstrichen, dass ISIS wächst und gedeiht, weil der Westen und Saudi-Arabien verdeckte Waffenlieferungen durchführen. Auch US-General Michael Flynn hatte 2015 unmissverständlich davor gewarnt, dass die von den USA gelieferten Waffen in Syrien an ISIS, al-Qaida und andere Jihadisten gehen würden.

[Inhalt](#) ↑

• **Verschiedene Einschätzungen zu Syrien und dem türkischen Angriff auf Afrin**

Für Karin Leukefeld ist die offizielle türkische Begründung des Angriffs, nämlich das kurdische Projekt einer "Demokratischen Föderation Nordsyrien", nur vordergründig. Sie vermutet, [dass sich die Türkei gegen die von den USA beabsichtigte Aufteilung Syriens wehrt](#), die mit den regionalen Akteuren nicht abgestimmt wurde, und sich ein von ihr kontrolliertes Gebiet markieren will. Leukefeld vermutet, dass die türkische Regierung hierbei von Deutschland, Frankreich und den Golfstaaten unterstützt wird. So kooperiere die Bundesregierung bereits mit der dortigen Interimsregierung mittels eines Finanzfonds bei der deutschen 'Kreditanstalt für Wiederaufbau' (KfW), in den die "Freunde Syriens" einzahlen.

Michael Lüders, der die [Angriffe der Türkei auf die kurdische YPG als völkerrechtswidrig einstuft](#), stützt diese Sicht. Er sieht die Kurden von allen Seiten im Stich gelassen, aber sehr wehrfähig. Riskant sei, dass die Türkei kein politisches Angebot habe, weder an die Kurden in der Türkei noch gegenüber den Kurden im Norden Syriens. Das türkische Vorgehen richte sich gegen die von den USA und den Kurden beabsichtigte Sicherheitszone im Norden Syriens, wo bis zu 30'000 US-Soldaten stationiert werden sollen.

Elijah Magnier zitiert die offizielle Begründung der Türkei, dass nämlich die Operation in einem Gebiet mit Präsenz russischer Militärpolizei darauf abziele, die [Ausbreitung der YPG-Miliz entlang der syrischen Grenze zur Türkei zu verhindern](#), die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Türkei darstellte. Magnier sieht aber, dass die Türkei die US-Pläne in Syrien beenden und gleichzeitig die Kurden schwächen möchte. Die Kurden würden so aufgrund der unerfahrenen politischen Führung in Washington zu den großen Verlierern im Nahen Osten.

Laut Elijah J. Magnier hat die syrische Regierung die Kurden in Afrin aufgefordert, die Kontrolle über die Sicherheit und die Finanzverwaltung an syrische Vertreter und Beamte zu übergeben, damit der türkische Angriff auf die gesamte Provinz und die nahe gelegenen Städte unter kurdischer Kontrolle gestoppt werden kann. Bis dahin hat kein syrischer Staatsbürger ohne Genehmigung der "Kurdischen Schutztruppen" Zugang zu Afrin bekommen. Die kurdische Regierung erhebt Steuern, sammelt Geld aus dem Verkauf von Öl und Getreide und kauft Land von arabischen Syrern. Die Kurden sitzen auf einem Reichtum, der mehrere Milliarden Dollar wert ist, und sind nicht bereit, ihn der syrischen Regierung zu übergeben. Obwohl die syrische Regierung bereit war, 5'000 syrische Soldaten nach Afrin zu schicken, kann Magnier zumindest bis 25.01.2018 nicht erkennen, dass die [Kurden bereit sind, ihren Einfluss und Kontrolle in Afrin aufzugeben](#). Nach Magnier wartet daher Damaskus ab, da der Kampf im Kanton Afrin die militärische Macht der Kurden, der Türkei und ihrer Verbündeten auf jeden Fall schwächen wird, wenn er lange genug andauert. – Die USA, die die türkische Intervention in Afrin für ein unrealistisches Abenteuer halten, hoffen nach Magnier ihrerseits, dass die Türkei in Afrin keinen Erfolg haben werden und Erdogan gedemütigt wird. Egal welchen Ausgang die militärische Auseinandersetzung in Afrin nimmt, die Kurden werden die größten Verlierer der Auseinandersetzung sein.

Für Joachim Guillard haben sich die "Volksverteidigungseinheiten" YPG mit ihrem Schulterschluss mit Washington nicht nur zu Bodentruppen der USA machen lassen. Auch wenn die Kurden dies als Mittel zur Unabhängigkeit sehen, unterstützten sie faktisch auch die [Besatzung eines großen Teil Syriens durch eine ausländische Macht](#), durch die USA. Solange die kurdische YPG die mehrheitlich kurdischen Provinzen gegen Dschihadisten verteidigte und eine Autonomie im Rahmen eines syrischen Staates anstrebte, konnte sie mit Akzeptanz im restlichen Syrien und Unterstützung Russland rechnen. Mit der Abspaltung des Ostens im Bündnis mit einer der Mächte, die maßgeblich für den Krieg im Lande verantwortlich ist, stellen sich jedoch gegen die Interessen der Mehrheit des Landes und gegen die Bemühungen um Frieden. Leidtragende werden am Ende auch die Kurden selbst sein, von denen nicht alle den Kurs der YPG und der kurdischen 'Partei Demokratische Union' PYD teilen.

Bis zu Beginn der türkischen Operation 'Olivenzweig' gab es in den Gesprächen zwischen der YPG und der syrischen Regierung keine Einigung, weil die YPG die Forderungen, die Damaskus an die Unterstützung gebunden hatte, nicht erfüllen wollte. Die YPG wollte weder Waffen noch Macht abgeben. Nach Elijah Magnier sind bis zum 19.02.2018 doch die wichtigsten Punkte geklärt worden. Demnach soll die zentrale Verwaltung von Afrin an den syrischen Staat sowie alle 52 Militärbasen Afrins, schweren Kriegsgeräte und Waffen an die syrische Armee übergeben werden. [Die Macht soll einzig der syrischen Armee gehören](#). Parallel dazu sollen Russland und die Türkei über einen Waffenstillstand in Afrin verhandeln. - Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu

hat [mit Angriffen auf die syrische Armee gedroht](#), sollte sie der Kurdenmiliz YPG in der syrischen Provinz Afrin zu Hilfe kommen.

Norman Paech beklagt, [dass die Souveränität Syriens genauso wenig zählt wie das Völkerrecht](#). Russland habe in seiner Rivalität zu den USA den Luftraum für die türkischen Bomber freigegeben. Den Kurden wird auch hier die Unterstützung einer Kriegspartei nicht gelohnt; sie waren immer Spielball der Mächte und sind es auch heute wieder.

Auch Peter Haisenko sieht, dass das Völkerrecht keine Rolle zu spielen hat, wenn es um Assad geht. Angesichts der sehr verwirrenden Lage und Vorgänge in Syrien fragt sich Haisenko, um was es bei diesem Konflikt wirklich geht. Er hält es für wahrscheinlich, dass die US-Strategen das Ziel verfolgen, mit den eher Damaskus-kritischen Kurden wenigstens den Nordteil Syriens unter ihre Kontrolle zu bringen und damit Assad immerhin einen Teil Syriens zu entreißen. Dort könnten dann die nächsten US-Stützpunkte aufgebaut werden, um den Iran weiter einzuhegen. Das wiederum können weder die Türkei, noch der Iran, noch Russland gut heißen. Damaskus kann aber schwer gegen die Kurden vorgehen, wenn es das Land befrieden will. Damit treffen sich die Interessen Syriens, Russlands und der Türkei. Moskau, Ankara und Damaskus haben erkannt, dass die USA der eigentliche Destabilisierungsfaktor in der Region sind, die die großen Ölvorkommen im kurdisch beherrschten Gebiet im Auge haben und die Kurden missbrauchen. Und sie wissen, dass der [Nachschub für die letzten in Syrien verbliebenen IS-Kämpfer nur über Afrin](#) kommen kann, solange es nicht wieder fest in syrischer Hand ist.

Hinsichtlich der [Rolle Israels](#) stellt Karin Leukefeld fest, dass Israel seinen Einfluss und die Kontrolle über Teile des Nachbarlandes seit Beginn des Krieges in Syrien 2011 ausgebaut hat. Ziel der Intervention ist es, sich jenseits der 1967 besetzten und 1981 völkerrechtswidrig annektierten syrischen Golanhöhen weiteres Territorium in Syrien anzueignen. Dabei macht Tel Aviv wie gewohnt "Sicherheitsbedürfnisse" geltend und verweist auf das Engagement des Iran und der libanesischen Hisbollah im Syrien-Krieg.

Die 'Kooperation für den Frieden', 'pax christi' und der IPPNW fordern die Bundesregierung auf, den völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Kurden in Afrin, bei dem deutsche Panzer eingesetzt werden, zu verurteilen sowie [alle diplomatischen Mittel einzusetzen, damit die Türkei den Angriff einstellt](#). Des Weiteren rufen diese Organisationen die Bundesregierung sowie die Verhandelnden bei den Koalitionsgesprächen auf, den Export von Rüstungsgütern endlich zu beschränken und letztendlich durch ein rigoroses Rüstungsexportkontrollgesetz komplett einzustellen.

Die vorstehenden Einschätzungen/Meinungen zu den Vorgängen in Syrien basieren auf dem Stand, der sich seit dem Jahreswechsel bis 19.02.2018 ergeben hat. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Matthias Burchardt: **Die Krise der Demokratie**

Ausgangspunkt des Artikels ist die Absicht der SPD in NRW, ein Demokratiefördergesetz zu lancieren. Matthias Burchardt hat für den Landtag in NRW dazu eine Stellungnahme verfasst, in der er aufzeigt, dass mit solchen Mitteln eine Krise der Demokratie nicht zu beheben ist. Er mahnt an, dass es nicht um Symptombekämpfung gehen kann, sondern dass die politischen Akteure wieder den grundlegenden [Primat der Politik gegenüber den "ökonomischen Sachzwängen" durchsetzen](#) müssen. Dieses Verhältnis hat sich inzwischen umgekehrt, was auf vielen Politikfeldern, vor allem auch im sozialen Bereich, zu beobachten ist. Die Bürger merken das und sollten nicht mit billigen Mitteln beruhigt oder abgelenkt werden.

Vor allem müssen der politische Dialog besser gepflegt und der Föderalismus gestärkt und nicht geschwächt werden. Das gilt vor allem auch für die Bildungspolitik, bei der die Hoheit der Bundesländer gewahrt bleiben muss. In Abwandlung eines alten Kanzlerwortes meint Burchardt: "Die Schule ist die Schule der Demokratie."

Hinsichtlich der politischen Bildung müsse der '[Beutelsbacher Konsens](#)' der Prüfstein aller Bemühungen sein, damit das ganze Spektrum politischer Kontroversen sichtbar bleibt und keine Indoktrination stattfindet.

Burchardt fordert im Wesentlichen eine offene gesellschaftliche, wissenschaftliche und parlamentarische Analyse und Diskussion darüber, wie es zur Erosion der Demokratie in

Deutschland kommen konnte. Auf dieser Grundlage stehe “eine Revision der politischen und öffentlichen Kultur an, damit das kostbare Fundament des Grundgesetzes wieder mit dem Geist gelebter Demokratie bewohnt werden kann“. Dies bedeute insbesondere eine Überwindung neoliberaler Denk- und Handlungsmuster in allen Einrichtungen, ein Ende der sozial-technologischen Steuerung der Bevölkerung mittels Psychotechniken (Soft Governance, Change-Management, Politik-PR und Nudging) und die Eindämmung des Einflusses von Lobbygruppen, Think-Tanks und internationaler Organisationen (z.B. der OECD).

[Matthias Burchardt](#) ist Akademischer Rat am Institut für Bildungsphilosophie an der Universität zu Köln und stellvertretender Geschäftsführer der ‘Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.’. Er ist entschiedener Kritiker der Bildungsreformen im Namen von PISA und Bologna. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Christian Fischer: **Wie kann Demokratie in Deutschland direkter werden?**

Das Verhältnis von direkter und “repräsentativer“ Demokratie ist kein Entweder-Oder, sondern eine Ergänzung. Christian Fischer überlegt, wie unser [politisches Leben auf Basis, bzw. im Sinne unseres Grundgesetzes direkter gestaltet](#) werden kann. Die von verschiedenen Seiten geforderte Einführung von Abstimmungen auf Bundesebene ist dabei nur ein Element. Es wird daran erinnert, dass auf Landes- und Gemeindeebene bereits direkte Demokratie lebt – allerdings zum Teil mit undemokratisch hohen Quoren und generell mit sachlich unbegründeten Einschränkungen: Warum darf der Souverän nicht über alle Fragen direkt abstimmen, über die auch die Volksvertreter abstimmen dürfen? Die Schweiz macht damit gute Erfahrungen.

Auch das Wahlsystem wird angesprochen. Es ist als Zweistimmensystem zwar gerechter als ein reines Mehrheitswahlrecht, wurde aber inzwischen so gestaltet, als seien die Parteien und nicht die Bürger “Repräsentant“ des Volkswillens. Fischer schlägt vor, dass die Erststimmenkandidaten nicht zugleich auf einer Parteiliste abgesichert sein dürften, um so eine größere Bürgernähe zumindest der direkt gewählten Abgeordneten zu bewirken.

Schließlich wird noch der Bundesrat angesprochen, der als Ländervertretung schwach konstruiert ist. Es ist ein Gremium von Länder-Exekutiven. Warum wird er nicht – wie der Ständerat in der Schweiz und der Senat in den USA – direkt gewählt, was auch ohne Parteienproporz ginge (!), um so einen lebendigeren Föderalismus zu gewährleisten?

Christian Fischer, Jg. 1951, studierte Architektur und Neuere Geschichte, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften ‘Zeit-Fragen’, ‘Zeitgeist.online’; Redaktionsmitglied beim ‘Bürgerbrief für Frieden und Demokratie’. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Mehr Demokratie e.V.: **Tür zum bundesweiten Volksentscheid einen Spaltbreit offen**

Der Verein Mehr Demokratie weist darauf hin, dass im kürzlich vorgestellten Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD die [Forderung des Vereins nach direkter Demokratie erstmalig in einem Koalitionsvertrag](#) einer Bundesregierung zumindest positiv erwähnt wird. Zitat aus dem Vertrag (sowohl auf der Internetseite von [CDU](#) als auch [SPD](#) zu finden; dort Seite 166, Zeile 7770):

“Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden.“

Die Formulierung “ob“ wird von dem Verein abgelehnt, da es nur um das “wie“ gehen könne. Auch das Wort “Expertenkommission“ wird kritisch kommentiert in dem Sinn, dass zu diesen Experten auf jeden Fall der Verein geladen werden muss, der seit 30 Jahren für dieses Ziel kämpft. Abschließend meint Mehr Demokratie e.V.:

“Wir werden nun versuchen, die Tür richtig aufzubekommen. In diesen Spalt hinein werden wir arbeiten. Wir werden Druck aufbauen müssen, Argumente vorbringen, vor allem aber den politischen Willen der Bürgerinnen und Bürger aufzeigen. Die Demokratie wird erst vollständig sein, wenn wir auch zwischen den Wahlen direkt mitentscheiden können.“

Wir weisen auf diese Nachricht hin, damit alle, die an direkter Demokratie auch auf Bundesebene interessiert sind, wissen, worauf sie sich in der nächsten Legislaturperiode berufen können. (Red.)

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Patrick Spät: **Das Boot ist nicht voll, sondern ungleich beladen**

Der Autor geht der Frage nach, ob auf der Erde zu viele Menschen leben, wie es der Schmetterlingsforscher Paul Ehrlich, der CNN-Gründer Ted Turner, der Bestsellerautor Dan Brown oder Henry Kissinger seit Jahrzehnten behaupten und einen Bevölkerungsrückgang fordern. [Von den rund 7,6 Milliarden Menschen hungern eine Milliarde](#) und ein Drittel ist nicht ausreichend mit Vitaminen und Mineralstoffen versorgt (hidden hunger), obwohl lt. UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, dank der enormen Produktivität in den Industriestaaten ohne weiteres zwölf Milliarden Menschen ernährt werden könnten.

Im Art. 1 des UN-Sozialpakts von 1966 heißt es: "In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden". Aber was bewirken der Freihandel, bei dem afrikanische Staaten per Schuldknechtschaft genötigt werden, keine Einfuhrzölle zu erheben? Was der großflächige Verkauf von Ackerflächen an ausländische Investoren? Was die illegalen Fischfangflotten europäischer Großkonzerne in den Hoheitsgewässern z.B. afrikanischer Staaten? Was die Handelsbilanzüberschüsse von Industriestaaten im Norden in den armen Staaten des Südens?

Der Vorwurf, Afrika habe eine zu hohe Geburtenrate, greift zu kurz, wenn sich die Gesellschaft dort keine Altersvorsorge als die der jungen Familienmitglieder leisten kann. Der Vorwurf der Überbevölkerung ist schief, wenn im bevölkerungsreichsten Land Afrikas, Nigeria, 196 aber in den Niederlanden 408, in Deutschland 231 oder in Monaco gar 18'944 Menschen pro Quadratkilometer leben.

Es ist eine Mär, dass Armut und Umweltprobleme primär von einer "Bevölkerungsexplosion" ausgehen. Laut Autor werden mit dieser Mär lediglich rassistische Ängste geschürt und die Tatsache übertüncht, dass nicht biologische Vermehrung, sondern Ausbeutung der Grund allen Elends ist. Schuld am Elend ist kein "überflüssiger Mensch", kein einziger. Schuld ist allein die ungleiche globale Verteilung von Geld, Land und Nahrung. Das Boot ist also nicht voll, sondern ungleich beladen. Der kapitalistische Kurs des Boots ist das Problem. Die primäre Frage lautet daher nicht: Leben zu viele Menschen auf der Erde? Sondern: Lebt eine Handvoll dieser Menschen nicht auf viel zu breitem Fuß?

In Ergänzung zu diesem Artikel sei hier (wie in der [Bürgerbriefausgabe vom Januar 2018](#)) auf den Artikel von Volker Seitz "[Falsche Fassaden: Westen sollte auf Export von ‚Demokratie‘ verzichten](#)" hingewiesen. (Red.)

[Patrick Spät, Jg. 1982](#), studierte Philosophie, Soziologie und Literaturgeschichte in Mannheim, Leipzig und Freiburg; promovierte 2010 in Philosophie an der Uni Freiburg; ist freier Journalist und Buchautor; zuletzt erschienen: "Das Leben – und der Sinn des Ganzen" (2013) sowie "Und, was machst du so?" (2014). (Red.)

[Inhalt](#) ↑